

Mutter- und Kinderhubs

in der Hindenburg-Republik

Von Olga Richter

Morgen veranstaltet die kapitalistische Gesellschaft wieder einen ihrer verlogenen Reifeitage, den Muttertag.

Wie es in Wirklichkeit mit dem Schicksal für Mutter und Kind bestellt ist, zeigen die fortwährend sinkenden Geburtenziffern, die Zunahme der Heiligharthen und die Steigerung der Kindstorbefehle.

Die Zahl der Lebendgeborenen auf Tausend der mittleren Bevölkerung betrug 1913 26,9, 1924 20,5, 1925 20,7 und 1926 19,5.

In Berlin sind im ersten Vierteljahr 1927 auf Tausend bereits 19 Mädchen mehr gestorben als geboren. Nach Angabe der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse starben 1926 auf 5711 normale Entbindungen 5237 Fehlgeburten und 503 Kindstorbefehle nach der Geburt.

Die schwächeren Arbeiterinnen können sich infolge der ungenügenden Wochenhilfe vor der Entbindung keine genügende Ruhe gönnen. In den Jahresberichten der Gewerbeaufsicht für 1926 wird festgestellt, daß vom Paragraphen 9, Abs. 3, der Gewerbeordnung, wonach weibliche Arbeitnehmer auf ihren Wunsch in der Schwangerschaft und Stillzeit vollständig von einer 8 Stunden überschreitenden Arbeitszeit zu befreien sind, in keinem Falle Gebrauch davon gemacht worden ist. Hier könnte nur ein gelegentliches Verbot der Arbeitstätigkeit über 8 Stunden und weitgehende finanzielle Hilfe für die schwächeren Mütter schaffen. Der weitestgehende Teil der Frauen arbeitet, getrieben von der wirtschaftlichen Not, bis kurz vor der Entbindung.

In A. in arbeiteten von 271 Arbeiterinnen 30 Prozent bis zum letzten Tag. In G. in arbeiteten zwei Drittel der Frauen bis zur Niederkunft, das andere Drittel hatte die Arbeit 2 bis 3 Wochen vor der Niederkunft eingestellt. In Spinnereien des W. in arbeitete 65 Prozent bis 7 Tage vor der Niederkunft, 35 Prozent davon gaben die Arbeit erst einen Tag vor der Entbindung, aber gar am selben Tage auf.

Einmal wurde eine Frau mit beginnenden Geburtswehen nach Hause gebracht, einmal ein Kind im Betriebe geboren, eine Arbeiterin brachte ein Kind nach Arbeitsstillstand im Betriebe zur Welt und nahm am anderen Tage die Arbeit wieder auf, bei der sie zusammenbrach.

Der Textilarbeiter erband bringt erschütterndes Material über die Lage der schwächeren Textilarbeiterinnen; er stellt eine Reihe dringender Forderungen auf.

In einem Artikel der Gewerkschaftszeitung Nr. 12 vom 19. März 1927 heißt es in einem Artikel von Dr. med. Werner Brodsky, daß alle Autoritäten auf dem Gebiete der Geburtshilfe und Frauenkrankheiten einig seien, daß mindestens während der 8 letzten Monate der Schwangerschaft schwere körperliche Anstrengungen von unangünstiger Wirkung seien. Am Schluß des Artikels heißt es dann: „Die gesamte Kritik von 6 Wochen allerdings ist ungenügend, und muß auf 13 Wochen ausgedehnt werden. Hierfür wird der ADGB mit aller Schärfe eintreten.“

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte am 25. 1. 25 einen Gesetzentwurf zum Schutze für Mutter und Kind ein. Dieser Entwurf lag schon 1920 dem Reichstag vor, wurde aber nicht zur Beratung zugelassen. Dieser Entwurf enthält Forderungen, die einen ausreichenden Mutter- und Kinderhubs gewährleisten hätten. Er wurde abgelehnt!

Zu dem selben über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft brachte die kommunistische Fraktion die Forderungen des Gewerkschafts-Kongresses als Änderungsanträge ein. Die gesamte SPD-Fraktion (d. h. auch alle Gewerkschaftsführer) stimmten gegen die kommunistischen Vorschläge, und damit gegen die Forderungen des Textilarbeiterverbandes.

Bei der Beratung des Gesetzes brachte die kommunistische Fraktion folgenden eigenen Antrag zur Vervollständigung der Wochenhilfe ein:

1. Aufhebung der Karenzzeit für den Bezug der Wochenhilfe;
 2. Erhöhung des Wochenbetrags auf den vollständigen Arbeitslohn, mindestens aber 2 RM täglich, für 3 Monate vor und 2 Monate nach der Niederkunft;
 3. Erhöhung des Stillbetrags auf 1 RM täglich.
- Die Vorschläge der Kommunisten sollten vom Reich zurückgewiesen werden. Der Antrag ist im sozialpolitischen Ausschuß von allen Parteien abgelehnt worden.

In dem Gesetz des Sütterlins, dem auch die SPD zustimmte, bleiben die Handarbeiterinnen und Hausangestellten völlig ohne Schutz.

Während früher nach der Gewerbeordnung verboten war, Frauen 8 Wochen inselbst vor und nach der Niederkunft zu beschäftigen, von denen mindestens 6 Wochen nach der Niederkunft liegen mußten, wurde durch das Gesetz den Frauen das „Recht“ eingeräumt, 6 Wochen vor der Entbindung die Arbeit auszuweisen, während für Beschäftigung innerhalb 6 Wochen nach der Entbindung das Verbot bestehen bleibt. Das Rückbildungsverbot des Arbeitgebers hat praktisch überhaupt keine Bedeutung, denn die Rückbildung kann aus einem wichtigen anderen Grunde doch erfolgen.

Ebenso wenig praktische Bedeutung hat die Gewährung von Stillpausen während der Arbeitszeit, da für die Arbeiterin nur selten Gelegenheit dazu gegeben ist.

Dieses Gesetz entspricht in keiner Weise den Forderungen

der Arbeiterklasse. Die Arbeiterinnen werden infolge der ungenügenden Wochenhilfe gezwungen sein, weiter bis kurz vor der Niederkunft zu arbeiten. Eine Entschädigung für die schwächeren Frauen hätte nur der obige Antrag der kommunistischen Fraktion bringen können. Arbeiterinnen, merkt euch das!

Führt den Kampf um euer Leben und eure Gesundheit mit der kommunistischen Partei. Stützt die SPD, zeichnet auf dem Wahlzettel und wählt am 20. Mai: Seite 5!

Sparmethoden des sozialdemokratischen Bürgermeisters Bührer

Ungeheuer sind die Klagen der Sozialrentner, der Kriegs- und Arbeitsopfer über die völlig unzureichenden Fürsorgeleistungen. Mit ihrer Hoffnungen auf eine dreiprozentige Erhöhung der Rente wurden durch das dauernde Zurückweichen der Sozialdemokraten im Stadterordnetenkollegium juristisch gemacht. Die Erhöhung der Invalidenrenten ist nicht den Verdiensten der Armen zugute gekommen, sondern überall wurden diese Gelder von dem Unterhaltungslohn in Abrechnung gebracht. Während Leipzig eine Erhöhung von 5 RM hat, kämpft man heute noch in Dresden mit 2 RM. Alle außerordentlichen Beihilfen bei behinderten Kindern werden abgemindert. Die Sparmethoden des neuen

Marx und Engels im Kampf gegen kleinbürgerlichen Sozialismus

Von Hermann Dunder

Sozialismus und Sozialismus ist zweierlei. Niemand hat das klarer gesehen und klarer ausgesprochen als Marx und Engels. Sie haben seitlich den deutschen Spielbürgersozialismus angeprangert. Die Briefe von Marx an Sorge und Engels, von Engels an Sorge, Feder u. a. zeigen vom Beginn einer deutschen Arbeiterbewegung an — also von den 40er Jahren bis zum Tode von Marx (1883) und Engels (1895) — die dauernde Kampfstellung der beiden Allen gegenüber dem rechten Flügel der deutschen Sozialdemokratie. Mit welcher Erbitterung wandten sie sich gegen die kleinbürgerliche Ideologie in der Partei — solche Verleumdung der Partei und der Theorie (Marx an Sorge 19. Sept. 1879) — wie sie bei den verschiedensten Gelegenheiten zum Vorschein kam!

Der Zutritt der Kleinbürger und Bauern ist zwar ein Kennzeichen des rechten Fortschrittes der Bewegung, aber auch eine Gefahr für sie, sobald man vernimmt, daß diese Leute kommen müssen, aber auch nur kommen, weil sie müssen. Ihr Zutritt ist der Beweis, daß das Proletariat in Wirklichkeit die leitende Klasse geworden ist. Da sie aber mit kleinbürgerlichen und bauerlichen Vorstellungen und Wünschen kommen, so darf man nicht vergessen, daß das Proletariat keine leitende politische Rolle verspielen würde, wenn es diesen Vorstellungen und Wünschen Kassektionen machte.“ So schreibt Engels 1879 (24. November) in einem Brief an Sorge. Und als er kurz darauf in einem Artikel des zentralen deutschen Parteivorstandes im „Sozialdemokrat“ die Resolution von 1848 „formal bestimmt“ findet, gehen folgende Zellen von Engels an Sorge (16. Dezember 1879):

德國工顧報
共產黨是貧苦工人的
先鋒因此我們加入
共產黨

蘇兆徵

一九二〇年四月

An die „Rote Fahne“
Die Kommunistische Partei ist die Avantgarde der armen und unterdrückten Arbeiter und Bauern. Darum müßt ihr die Kommunistische Partei wählen.
28. April 1928. Su-Chas-Jen.

Ein SPD-Reichsschlichter als Handlanger der Kapitalisten

Die rücksichtslose wirtschaftliche und politische Unterdrückung der Arbeiterklasse in der deutschen „demokratischen Republik“ ist die Quelle der Fortschritte für das Unternehmertum. Wohlwollend verstanden die Kapitalisten und die reformistischen Gewerkschaftsführer, daß alle Arbeitskämpfe und Lohnkämpfe im Interesse der „Wirtschaft“ untragbar seien. Obwohl durch die kapitalistische Rationalisierung die Profiteure und somit die Hindenden ins Unermessliche gestiegen sind, ist der Reallohn weiter gesunken, die Lohnspanne zwischen Männer- und Frauenlöhnen aber erweitert.

Die gegenwärtig gerührte Lohnbewegung in der Kartonnagenindustrie war ein Zeichen dafür, daß die Arbeiterinnen gewillt sind, gegen die unmensliche Arbeitsweise am Fließband für ihre Existenzinteressen zu kämpfen. Die berechtigten Forderungen der Opposition, wie Erhöhung des Grundlohnes von 20 auf 30 RM, Abschaffung der Lohnstufung, Erhöhung aller übrigen Stundenlöhne um 15 %, Einführung von Ruhepausen für Arbeiterinnen am Fließband und Schaffung von Bezirksarbeitsräten wurden von Seiten der Verbandsleitung nicht beachtet. Die Forderung wurden 20 Prozent für ausstehend gehalten. Die geübten Verhandlungen kamen zu keinem Ergebnis. Infolgedessen läßt die sozialdemokratische Reichsschlichterstelle (ausgewählt als Spitzenkandidat der SPD für Berlin-Brandenburg) einen schändlichen Schiedsspruch, der für den Spitzenlohn der männlichen am 30. März 1928 4 RM, und ab 28. September weitere 3 RM, für die Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 15 Jahren dreieinhalb Pfennig und für die männlich im gleichen Alter einen Pfennig „Lohnerhöhung“ vorsieht. Auf diese Handlungswiese des „neutralen Schlichters“ lehnte in einer überflüssigen Verankerung die Kartonnagenindustrie den Schiedsspruch einmütig ab und stimmte mit 1300 gegen 28 Stimmen für den Streik.

Das Bögem und die falsche Politik der Verbandsleitung mußten von vornherein zu einer Niederlage im Kampfe führen. Die Tatsache, daß sich beide Parteien vor dem Reichsarbeitsministerium auf einen Kompromißvorschlag einließen, unter Fallentwurf der aufgelisteten 30 Prozent Lohnerhöhung, um einer Wehrschöpfung des Spitzenlohnes von 1 RM und einer fürchterlichen Geltungsbekämpfung des ersten Lohnmittels als wie es der Schiedsspruch vorsieht, beweist, daß die Verbandsleitung nicht ernstlich gewillt war den Kampf zu führen.

Arbeiterinnen! Ihr müßt erkennen, daß eine sozialdemokratische „Führung“, die den heutigen Unterdrückungsakt sowie

das Schlichtungsstellen anerkennt, niemals imstande sein wird, wirtschaftspolitische Kämpfe zu organisieren.

Deshalb darf keine Arbeiterin am 20. Mai der bürgerlichen einschließlich der sozialdemokratischen Partei, ihre Stimme geben. Die parlamentarischen Wahlen können nur ein Spiegelbild der Reife des Klassenwillens des Proletariats sein. Der Klassenkampf wird und muß in den Hochburgen des Kapitalismus, in den Betrieben unter Führung einer revolutionären Partei, die an dem Boden des Klassenkampfes steht, ausgefochten werden, und es gibt es nur eine einzige Arbeiterpartei, das ist die kommunistische Partei!

Wählt die Liste 5 am 20. Mai!

Schmiererei und Paragraph 218

Staatsanwalt und Richter von Schwabmühl verurteilten ein Mädchen zu 6 Monaten Gefängnis, da sie eine geträumte Schwangerschaft durch den Gebrauch von Schmiererei beilegte wollte. Die ärztliche Untersuchung der Angeklagten ergab die häufigste Unberührtheit der Jungfrau.

Wie sich die Abtreibungsparagraphen auswirken, zeigt obiger Fall. Staatsanwalt und Richter sprachen nicht davon zurück, ein Mädchen zu verurteilen, bei der gar keine Verletzung vorhanden war, mithin auch keine abgetrieben werden konnte. Die proletarischen Frauen und Mädchen, gegen die sich allein diese Paragraphen auswirken, müssen die Beseitigung der Paragraphen 218 und 219 fordern. Die Umwandlung der Justizhausstrafe in die Gefängnisstrafe ist nur eine geringe Milderung. Auch die SPD führt keinen ernstlichen Kampf dagegen.

Bei ihren Hilfsvorführungen („Der Krennung des Weibes“) legen sie: Wer die Abtreibungsparagraphen in ihrer Härte gemildert wissen will, der wähle die sozialdemokratische Liste. Also nur in ihrer „Härte gemildert“ will die SPD die Paragraphen wissen.

Die kommunistische Fraktion führt schon jahrelang einen klaren Kampf gegen diese Schwandparagraphen. Sie wird diesen Kampf im neuen Reichstag fortsetzen. Die proletarischen Frauen und Mädchen müssen sie dabei unterstützen.

Arbeiter, Frauen und Mädchen,
wählt am 20. Mai die Liste 5!

Finanzministerien müßten sich am 1. Mai bei dem Minister, um die Erhöhung des Stumm, Wasser- und Gaspreise vor die Konvention der Sozialdemokraten an das Bürgerturn für die heilige Erhöhung der Autonomieentscheidungen.

Genau so, wie man jede Sonderunterstützung dem Kürtier, empfangern ablehnt, geht es auch den Kriegsopfern, die dem Distanz unterleben.
Während man nach nur einem halben Jahre ohne weiteres 30 Prozent über die gehobene Rüränge zahlte, ja, in besonders schweren Fällen sogar bis zu 100 Prozent stieg, bekommt heute fast kein Kriegsopfer mehr als 25 Prozent über den Rüranglohn. Die Empörung unter den Kriegsopfern ist schon bis zur Siebenhundert gelliegen, und gar so oft kann man erleben, daß die in großer Not lebenden, zum Teil dauernd fransen Kriegsbedürftigen sich bei ihren Regimentsführern Luft machen über die unverantwortliche Abweisung ihrer Anträge. Der sozialdemokratische Stadtrat R. i. d. h. d. f., der ja Desernent vom Ortsamt ist, hat bis heute noch keinen Finger frumm gemacht, um Einspruch gegen die unerbörten Sparmethoden seines Parteizeusdes zu erheben.

Die Kriegsopfer hätten erwartet, daß der Desernent eines solch wichtigen Amtes alle seine Kraft einsetzt, um den Verfall der Sparmethoden einzufrieren zu gebieten, aber nichts von alledem. Deswegen rufen wir allen Kriegs- und Arbeitsopfern zu: Erhebt Protest gegen die Sparmethoden an dem Opfer der kapitalistischen Gesellschaft!

Erscheint alle am 17. Mai zu einer Protestkundgebung im Odeum, Garusstraße

Dort wird außer einem Genossen des IS Dresden auch der an ausschreitender Stelle stehende Bundesvorsitzende des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit sprechen, Kriegsopfer, Arbeitsinvaliden, Sozialrentner, erscheint in Massen!

„Solange die Partei in Deutschland ihrem proletarischen Charakter treu blieb, haben wir alle anderen Rückfichten beilegte geben. Jetzt aber, wo die kleinbürgerlichen Elemente, die man zugelassen, allen Farbe bekannt haben, liegt die Sache anders. Sobald ihnen erlaubt wird, ihre kleinbürgerlichen Vorstellungen rückwärts in das Organ der deutschen Partei einzuschmuggeln, wird uns dadurch dieses Organ einfach verschlossen.“

Als sich die Hälfte von solchem kleinbürgerlichen Opportunismus mehrten, schreite Engels auch nicht vor dem Gedanken einer Parteispaltung zurück. So schreibt er (3. Juni 1885) an Sorge:

„Sobald wir wieder etwas Selbstgenügsamkeit in Deutschland haben, wird die Spaltung wohl kommen und dann nur zu nahe. Eine kleinbürgerlich-sozialistische Fraktion ist in einem Lande wie Deutschland unermesslich, wo das Spielbürgerertum, noch mehr als das historische Recht, seinen Datum nicht hat.“

Ebenso hatte Engels 1883 auch Bebel gegenüber geäußert: „Der Bruch mit den Schlappschwänzen vom rechten Flügel muß schließlich kommen.“ Bei den verschiedensten Gelegenheiten haben Marx und Engels so die kleinbürgerliche Gefahr in der Partei signalisiert. Und es ist nicht ohne Interesse zu hören, daß Engels in einem Briefe vom 15. Mai 1885 einem Genossen als Hauptleide auf den Weg gab: „Bergiß nicht die alte Regel: über die Gegenwart der Bewegung und des Kampfes nicht die Zukunft der Bewegung zu vergessen.“ Dieses Mahnwort hat Engels an eben jenen Quard Bebeliten gerichtet, der dann nach dem Tode von Engels sich als Wortführer des kleinbürgerlichen Reformismus entpuppte und der seine Realpolitik 1888 in den berühmten gewordenen Satz felderte: „Das Endziel, was immer es sei, ist mir nichts, die Bewegung alles.“

In wie klarer Weise sind nicht Marx und Engels in ihren Kritiken der Programmurteile der Sozialdemokratischen Partei, sowohl 1875 wie 1891, vorgegangen:
„Man rede sich und der Partei vor, die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein, ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsstellung hinauswache, diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse, wie der Krebs die Leine.“

Das schrieb Engels 1891 zum Erörterer Programmurteil, um den in einem großen Teil der sozialdemokratischen Presse eingetragenen Opportunismus zu geißeln:
„Dies Verweilen der großen Hauptgeistespunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, die Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag „ehlich“ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der „ehliche“ Opportunismus ist nicht der gefährlichste von allen.“
(Neue Zeit 20. Jahrgang, 1. Bd. S. 11.)

Und in seinem 1887 gedruckten Vorwort zur 2. Auflage der Wohnungsfrage steht sich Engels zu folgender Kennzeichnung beizufügen:
„In der Sozialdemokratischen Partei selbst, bis in die Reichstagsaktion hinein, findet ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus keine Vertretung, und zwar in der Weise, daß man zwar die Grundanschauungen des modernen Sozialismus und die Forderung der Verwindung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung nur in entfernter, praktisch unabhängerbarer Zeit für möglich erklärt. Damit ist man denn für die Gegenwart auf blohes lapidales Aulieder angewiesen und kann je nach Umständen selbst mit den reaktionärsten Beizrebungen zur sogenannten „Schung der arbeitenden Klasse“ sympathisieren.“

Manchmal solcher Heukerungen, die sich noch leicht vermehren lassen, nimmt es nicht Wunder, wenn Marx und Engels sich bis und wieder sehr heftig über die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie geäußert haben. Schon Anfang der 40er Jahre schrieb Engels an seinen alten Kampfgesossen Johann Philipp Feder: „Meine Ansicht nach ist die alte Partei samt ihrer früheren Organisation am Ende.“ Und in einem Brief an Bebel hat Engels die Zukunft noch plastischer gezeichnet. Er spricht davon der Möglichkeit eines großen europäischen Krieges und glaubt, daß ein solcher Krieg, diejenige deutsche Partei begraben würde.

„Solch ein Krieg wäre unser größtes Unheil; er könnte die Bewegung um 20 Jahre zurückwerfen. Aber die deutsche Partei, die daraus schließlich noch hervorgehen müßte, würde in allen europäischen Ländern frei sein von einer Klasse, die den Kleinigkeiten und Kleinigkeiten diejenige überall die Bewegung hemmen.“ (Engels an Bebel, vom 16. Dezember 1897.)

Wir alle haben erlebt, wie sehr Engels mit seiner Voraussicht behalten hat. Die neue Partei, die mit dem Worte kommunistische Partei auch jene Forderung wieder aufgenommen hat, die Marx und Engels immer dem schwächeren Worte „sozialistisch“ und dem garabazu irreführenden Wort „sozialdemokratisch“ vorgezogen haben, diese neue Partei ist heute mächtig vorwärts und sie allein führt das Erbe des Marxismus.

Wenn wir am 20. Mai das Proletariat aufordern, seine Stimme nur der kommunistischen Partei zu geben, so müssen wir uns damit einverstanden erklären, daß die Partei und Praxis unserer größten Kämpfer, Marx und Engels.